

Zwischen den Fronten: der kurdische Kampf um Autonomie und Gleichberechtigung

Memo Sahin (Dialogkreis)

Zu Beginn möchte ich mich bei den Veranstaltern, bei Martin Singe und dem Grundrechtekomitee bedanken, dass sie mit ihrer Initiative ein solches Symposium für Andreas ermöglicht haben.

Da das Thema sehr komplex ist und mehrere Länder, nämlich Türkei, Iran, Irak und Syrien umfasst und wir nicht so viel Zeit haben, werde ich versuchen, zwei-drei Bereiche kurz zu erwähnen, die für Andreas wichtig waren.

Ich beginne mit dem ursprünglichen Text des Dialog-Kreises, der vor 21 Jahren verfasst wurde und seine Gültigkeit nicht verloren hat:

Einige Auszüge aus dem Appell:

I: Appell: Krieg in der Türkei:

Die Zeit ist reif für eine politische Lösung

In der Türkei herrscht seit Jahren Krieg unter einst befreundeten Völkern. Hunderttausende, ja, Millionen Kurden wurden aus ihren Lebensgebieten vertrieben, Dörfer und Landstriche zerstört. Folter und Mord sind an der Tagesordnung. Menschen sterben auf beiden Seiten. Auch Wirtschaft, Recht, Liberalität und Kultur fallen dem Krieg zum Opfer. Eine Gesellschaft zerstört sich selbst, statt die Vielfalt der in ihr lebenden Völker und Kulturen als unschätzbare Bereicherung anzunehmen und alle Kräfte für ein freundschaftlich gleichberechtigtes Zusammenleben zu mobilisieren.

Freundschaft zur Türkei kann in dieser historischen Situation nur heißen, ihrer großen Gesellschaft aus Türken, Kurden, Armeniern, aus Moslems, Christen und vielen anderen Völkern und Religionen beizustehen, um Gespräche und Verhandlungen für das zukünftige friedliche Zusammenleben endlich beginnen zu lassen.

Helfen wir alle mit, damit die Vernunft siegt, damit die seit Jahrhunderten bestehende Freundschaftsbrücke zwischen Kurden und Türken nicht weiter zerstört wird, die zivilen Kräfte sich stärken und Frieden, der Wunsch der großen Mehrheit dieser Völker, Wirklichkeit werden kann.

Im türkisch-kurdischen Krieg ist es höchste Zeit für eine politische Lösung.

Was hat der Dialog-Kreis gemacht?

Die Arbeit des Dialog-Kreises begann 1995 mit diesem „butterweichen“ Appell aus der Feder und aus dem Schatz der jahrzehntelangen Erfahrung eines der wichtigsten Köpfe der Friedensbewegung, Andreas Buro.

Er konnte innerhalb von zwei Wochen über 150 Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur sowie Menschenrechts- und Friedensbewegung unter einen Hut bringen und sie zu einem gemeinsamen Ziel, nämlich der friedlichen Lösung der Kurdenfrage, bewegen.

Es sind inzwischen 20 Jahre vergangen, und der Text, der Appell von damals, hat seine Gültigkeit nicht verloren.

20 Jahre lang hat Andreas versucht, für die friedliche Lösung der Kurdenfrage Zeichen zu setzen. Unermüdlich verfasste er Texte, Memoranden, Road Maps und zeigte den Konfliktparteien den Weg, der zu begehen ist.

Auf der Basis dieses Textes konnten zahlreiche Symposien und Konferenzen sowie Gespräche mit Politikern aus Deutschland und der Türkei organisiert, etwa zehn Bücher und Broschüren herausgegeben und Dutzende von Stellungnahmen und Memoranden veröffentlicht werden. Regelmäßige Delegationsbesuche zur Zivilgesellschaft in der Türkei und in Kurdistan wurden organisiert. Erhebliche humanitäre Hilfe, insbesondere für aus ihren Siedlungen vertriebene Kurden in Türkisch-Kurdistan sowie seit 2014 für die Kriegsflüchtlinge aus Kobanê / Rojava / Syrien und aus Sindchar / Irak, wurde zusammen mit Pro Humanitate verwirklicht.

Ein Periodikum, die „Nützlichen Nachrichten“, begleiten seit 1996 mit ihren Informationen wegweisend und dokumentarisch die Reise des Dialog-Kreises.

Wie ist die Situation im türkisch besetzten Teil Kurdistans heute?

Vor etwa zwanzig Jahren sagte der damalige Staatspräsident, Demirel, dass die Türkei 28 Aufstände der Kurden niedergeschlagen habe und auch den 29. Aufstand niederwalzen werde.

Der 29. Widerstand der Kurden unter Führung der PKK dauert seit 1984 ununterbrochen seit über 30 Jahren an.

Der Kampf der Kurden um Gleichberechtigung begann damals mit ein paar Hundert Menschen, heute nach 30 Jahren hat die kurdische Bewegung Millionen von Anhängern, Zehntausende

aktive Kader, ebenso viele Kämpfer aus allen vier Teilen Kurdistans und aus der Diaspora hinter sich.

Seit 1999 werden über 100 Kommunen von ihren Anhängern regiert, darunter 11 Provinzhauptstädte, wie Diyarbakir, Mardin, Van usw. Mit 59 Parlamentariern stellen sie die dritte Kraft im türkischen Parlament.

In den letzten 10 Jahren fanden mehrere Verhandlungen mit AKP Regierungen statt. Manchmal nannte man diese Verhandlungen „Osloer Gespräche“, manchmal bezeichnet man sie als Friedensprozess und zuletzt von 2013 bis Mitte 2015 als „Imrali-Prozess“.

Alle diese Initiativen und Verhandlungen wurden seitens des türkischen Staates torpediert.

Weil Erdogan die kurdische Bewegung als Hindernis bei der Etablierung seiner Alleinherrschaft sah, hat er den Friedensprozess mit der PKK beendet und den Krieg aus den Bergen in die Hochburgen der kurdischen Bewegung verlagert.

Die Altstadt von Diyarbakir, Cizre, Nusaybin, Silopi, Yüksekova, Silvan, wo Hunderttausende Menschen leben, sind total zerstört; Tausende Menschen wurden ermordet, über eine halbe Million Menschen wurden aus ihren Städten vertrieben.

Begleitet wird diese Bestrafungsaktion von massenhaften Festnahmen und Verhaftungen der kurdischen Bürgermeister, der Ratsmitglieder, der legalen Parteifunktionäre, Journalisten usw.

Nach der Aufhebung der Immunität der Abgeordneten der HDP besteht die Gefahr, dass sie verhaftet oder zur Flucht ins Ausland getrieben oder in den Untergrund gezwungen werden. Danach kann der Mächtigen-Sultan eine erneute Parlamentswahl anordnen, die ihm seine Alleinherrschaft sichern wird.

Viele Menschen fragen sich: Wenn wir in die Berge gehen, werden wir als Terroristen abgestempelt und vogelfrei erklärt. Wenn wir uns auf der legalen Ebene bewegen, Parteien und Vereine gründen, werden wir als Unterstützer der Terroristen angesehen und wiederum bekämpft, und unsere Einrichtungen werden verboten. Dann fragen sie: Was sollen wir noch tun? Welchen Weg sollen wir nun gehen?

Was können Deutschland und die EU tun?

Die EU und Deutschland können u.a.

- ihre stillschweigende Haltung durchbrechen und zu Machenschaften und Gräueltaten der AKP-Regierung Stellung nehmen;

- die NATO-Gremien einschalten, da ein Bündnispartner mit seiner Armee in den Städten operiert, Zivilisten tötet und Hunderttausende Menschen vertreibt;
- die Führung der HDP nach Berlin und Brüssel einladen und Zeichen setzen;
- Humanitäre- und Wiederaufbauhilfe für die zerstörten Städte bereitstellen und die kurdischen Kommunen und die Zivilbevölkerung unterstützen, damit sie sich in ihren Gebieten aufhalten können und sich nicht gezwungen fühlen, auch in Richtung Europa zu fliehen,
- sich für die Freilassung der gewählten über 30 inhaftierten Bürgermeister, Ratsmitglieder, Journalisten und über Zehntausend politischen Gefangenen einsetzen,
- die Türkei auffordern, dass sie die Grenze zu den kurdischen Gebieten in Syrien für Personen- und Warenverkehr öffnet,
- und eine europäische Initiative zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage starten.

II: Schütz Rojava

So lautet die Überschrift eines Kommentars von Andreas Buro vom Oktober 2015, der sich mit der Lage in Syrisch-Kurdistan befasst.

Ich zitiere einige Absätze aus seinem Kommentar:

Schütz Rojava

(...) Wir haben uns seit langem für Rojava eingesetzt. Nicht weil hier Kurden am Werke sind, sondern weil in diesem dünnen Landstrich an der syrisch-türkischen Grenze der Versuch unternommen wurde, in den Kriegswirren einen Schutzraum für Menschen vieler Ethnien zu schaffen. Dort wurde unter schwierigsten und bedrohlichsten Bedingungen der Ansatz für eine friedliche Entwicklung in Syrien geschaffen. Es ist sogar gelungen, die wütenden Angriffe des IS auf Kobane abzuwehren, allerdings zum Preis der fast vollständigen Zerstörung der Stadt und vieler Toten und Flüchtlinge. Trotzdem hat Rojava viele Tausende an Flüchtlingen aufgenommen und geschützt. Rojava könnte Vorbild werden. Ist der abgewandelte Spruch erlaubt? „Errichtet eins, zwei, ja viele Rojavas“, die miteinander kooperieren und ein Netzwerk von Toleranz und lebensstüchtiger Politik mit einander schaffen. Nur ein schöner Traum?

Rojava ist in Gefahr, auf dem Schachbrett der Mächtigen geopfert zu werden. Die Türkei will keinen Kurdenstaat an ihrer Grenze dulden. Sie möchte, dass Rojava ihr Fuß in der Tür nach Syrien wird. Auch der IS will seinen Zugang zur Türkei nicht aufgeben. Warum sollten sich nicht irgendwann die Fahnen dort wieder wenden? Die USA haben bereits der Bombardierung der PKK-Stellungen in den Kandil-Bergen zugestimmt, um den Flughafen in Incirlik nutzen zu dürfen. Warum sollten sie Rojava sichern, wenn der Preis für seine Opferung stimmt? Und die Russen haben mit Minderheiten so ihre eigenen Probleme.

Weil Rojava so sehr in Gefahr ist, vom Schachtisch der Mächtigen für einen „Silberling“ hintertergewischt zu werden, weil die EU-Staaten sämtliche christlichen und menschenrechtlichen Werte vor NATO-Treue und Wirtschaftsinteressen vergessen und von ihnen keine Friedenspolitik zu erwarten ist, rufen wir auf, Rojava mit allen friedlichen Mitteln zu schützen. Das sind keine starken Mittel – Aufrufe, Resolutionen, Demonstrationen, Darstellung der Leistungen in Rojava und Bekanntmachen, was das als mögliche Perspektive für die Befriedung in Syrien bedeuten kann. Wir dürfen nicht aufgeben, mit unseren Bemühungen Rojava beizustehen.

Wie sind die Entwicklungen in Rojava-Syrisch-Kurdistan?

Im Krieg in Syrien wollten die Kurden mehrheitlich unparteiisch bleiben und konzentrierten sich auf den Schutz ihrer Gebiete und Bevölkerung.

Sie wollten einen Dritten Weg gehen und weder als Bündnispartner des Assad-Regimes noch der islamistischen Opposition agieren, die stark unter dem Einfluss der Türkei, Saudi-Arabiens und Katars stand.

Seit Sommer 2012 kontrolliert die PYD (Partei der Demokratischen Union) die kurdischen Gebiete in Rojava / West-Kurdistan. Ihre bewaffneten Kräfte (YPG, Volkverteidigungskräfte) kämpften gegen die Aggressoren und Angreifer auf beiden Seiten.

Im Januar 2014 riefen sich die kurdischen Enklaven in Syrien – Cizire, Kobanê und Efrin – zu selbstverwalteten Kantonen aus, in denen fast alle ethnischen und religiösen Gruppen, wie Assyrer, Armenier, Kurden und Araber, die dort leben, vertreten sind.

Neben Arabisch wurden auch Kurdisch und Aramäisch zu Amts- und Schulsprachen.

Und die kleine Stadt Kobanê wurde Symbol des Widerstandes gegen die islamistischen Aggressoren.

Seit Anfang Juni 2016 ist die Allianz der Demokratischen Kräfte Syriens, in der Kurden, Araber und Assyrer vertreten sind, auf die sogenannte Hauptstadt des IS, Raqqa, im Vormarsch. Parallel

dazu operiert diese Allianz gegen die Gebiete zwischen zwei kurdischen Enklaven, Afrin und Kobanê, die sich noch in den Händen des IS und anderer islamistischer Dihadisten befinden und die Grenze zur Türkei kontrollieren.

Jetzt, nach fünf Jahren Bürgerkrieg, haben wir über 250.000 Tote, zerbombte und verwüstete Städte, vier Millionen Flüchtlinge im Ausland und sieben Millionen Binnenflüchtlinge, die im Land zwischen die Fronten geraten sind.

Neben einem Diktator Assad, der in Damaskus herrscht, haben wir viele islamistische Mohamads, die Köpfe abschlagen, Massenmorde medial präsentieren und Frauen und Mädchen vergewaltigen und versklaven sowie an Stelle einer Baath-Diktatur einen islamistischen Gottes-Staat errichten möchten.

Was muss getan werden?

Ohne eine Zusammenarbeit mit Kurden, Christen, Drusen, Alawiten (Nusayris) gemeinsam mit demokratisch offenen und säkularen sunnitisch-arabischen Kräften im Land wird es nicht möglich sein, das Land zu befrieden.

Ohne die Verlagerung der Macht von Damaskus auf die Regionen, wo diese Minderheiten leben, werden nach kurzer Zeit neue Konflikte entstehen. Daher muss eine Friedenssuche auf die Dezentralisierung des Staates zielen und die kollektiven Rechte der Minderheiten garantieren.

Die Selbstverwaltungen / Kantone in drei kurdischen Enklaven im Norden des Landes –Cizire / Haseke, Kobanê und Afrin -, bilden eine Grundlage für Dezentralisierung und Pluralismus.

Die kurdischen Gebiete wiederum könnten mit internationalen Garantien und Anerkennung der geschaffenen Strukturen eine Schutzzone für die Binnenflüchtlinge bieten, da dort schon jetzt Hunderttausende Flüchtlinge Zuflucht gefunden haben.

Dazu müssen aber die internationalen Akteure die Türkei unter Druck setzen, damit sie ihre feindselige Politik gegenüber den kurdischen Selbstverwaltungen ändert und ihre Grenzen für Personen- und Warenverkehr öffnet.

- Die Inseln der Hoffnung in Rojava sind säkular, demokratisch, multi-ethnisch und multi-religiös. Sie haben einen heldenhaften Widerstand gegen die islamistischen Banden des IS geleistet. Diese Strukturen in Rojava werden aber von der Bundesregierung mit keinem Cent unterstützt.
- Warum?

- Weil die Bundesregierung zu viel Rücksicht auf die Türkei nimmt. Weil die Türkei diese Strukturen in Rojava als terroristisch bezeichnet, werden die Gebiete in Rojava von der Humanitären- und Wiederaufbauhilfe ausgeschlossen.
- Wenn BRD und EU nicht einmal einen Sack Zement in die vom IS total zerstörte Stadt Kobanê liefern, wie können sie von Menschen in den Kriegsgebieten erwarten, dass sie sich eine Zukunftsperspektive entwickeln?
- Bis jetzt haben weder die EU noch die Bundesrepublik dafür protestiert, dass die Türkei die Grenzen zu Rojava öffnet.
- Allein dieses Beispiel verdeutlicht und zeigt, dass wir hier beginnen müssen.
- Der Westen muss beginnen, die kleinen Inseln der Hoffnung in Rojava politisch, diplomatisch und wirtschaftlich zu unterstützen.

III: Wie ist die Lage in Irakisch-Kurdistan?

Nach dem 2. Golfkrieg im Jahre 1991 wurde der irakisch besetzte Teil Kurdistans von kurdischen Parteien befreit und ab dato diente Kurdistan für alle irakischen Oppositionsgruppen als Hort.

Von 1991 bis 2003 haben die kurdischen Parteien Kurdistan de facto zu einem vom Irak unabhängigen Land entwickelt, in dem ein gewähltes Parlament und eine Regierung, eine Armee und eine funktionierende Verwaltung aufgebaut wurden.

Auch danach, nach dem Niedergang der Saddam-Diktatur im Jahre 2003, diente Kurdistan als Magnet zwischen schiitischen und sunnitischen Gruppen.

Wenn heute von einem irakischen Staat geredet wird, ist dies maßgeblich dank der kurdischen Parteien möglich geworden.

Ohne sie wäre es fast unmöglich gewesen, eine neue Verfassung auf der Basis der Dezentralisierung und Berücksichtigung der verschiedenen Konfessionen und ethnischen Gruppen zu schaffen.

Trotzdem aber warten die Kurden seit 2007 geduldig auf die Verwirklichung des Artikels 140 der irakischen Verfassung, wonach für die kurdischen Gebiete um Kirkuk, Khanaqin / Xaneqîn und Sindschar / Shengal, die unter der Zentralregierung in Bagdad stehen, durch Volksentscheide geklärt werden soll, ob sie weiterhin an Bagdad gebunden bleiben wollen oder an die kurdische Regierung.

Auch sollten gemäß der irakischen Verfassung 17% des irakischen Haushaltes nach Kurdistan fließen und die Löhne der kurdischen Beamten und der Armee (Peshmerga) von der Zentralregierung in Bagdad beglichen werden.

Die mehrheitlich schiitischen Regierungen von Maliki und Al-Abadi führten weder das Referendum durch, noch zahlten sie die per Verfassung festgelegten Gelder an die kurdische Regierung. Dies verursachte bei den Kurden Misstrauen und belastet die innerirakischen Beziehungen.

Seit zwei Jahren attackiert der IS sowohl die kurdischen als auch die irakischen Gebiete. Mosul und Falludscha sind unter der Kontrolle des IS. In und um Kirkuk, Mahmur und Sindschar finden tagtäglich bewaffnete und blutige Kämpfe statt.

Andreas und ich besuchten 2006 Irakisch-Kurdistan. Sein Wunsch war immer, dass die kurdischen Hauptakteure sich annähern und zusammenarbeiten.

Von diesem Ziel sind wir noch weit entfernt!

IV: Ein Appell an die Friedensbewegung und die Zivilgesellschaft

Bei diesem Symposium, das wir zur Erinnerung an Andreas Buro veranstalten, möchte ich zum Schluss sagen, dass Andreas sich sehr stark für die Unterstützung der Inseln der Hoffnung in Rojava und für eine Annäherung der Friedensbewegung zur PKK eingesetzt hat.

Im Sinne von Andreas möchte ich die Friedensbewegung dazu einladen, in dieser konfliktreichen Region der Erde mit den säkularen Strukturen, mit den Inseln der Hoffnung, zusammenzuarbeiten und sich für die Aufhebung des seit 1993 andauernden PKK-Verbots in Deutschland und für die friedliche Lösung der Kurdenfrage einzusetzen.

Andreas wollte mit dem Dialog-Kreis dem „Volk ohne Anwalt“ eine Stimme geben und zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage aus Deutschland beitragen. Die Friedensbewegung ist herzlich eingeladen, ihren Part zu übernehmen!